



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Doris Rauscher, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Haushaltsplan 2023;

**hier: Kinder- und Jugendschutz ernst nehmen, Angebote der Aktion Jugendschutz stärken
(Kap. 10 07 TG 76)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2023 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 10 07 (Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe) wird der Ansatz in der TG 76 (Maßnahmen der Jugendsozialarbeit sowie des erzieherischen und gesetzlichen Jugendschutzes) zur Stärkung der Angebote des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes von 28.180,8 Tsd. Euro um 246,9 Tsd. Euro auf 28.427,7 Tsd. Euro angehoben.

Begründung:

Der erzieherische Kinder- und Jugendschutz ist in Bayern seit jeher ein wichtiger Baustein, der zum gelingenden Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen beiträgt und junge Menschen dazu befähigt, Gefahren zu erkennen und sich und andere zu schützen. Auch Eltern werden in ihrem Erziehungsauftrag unterstützt und gestärkt. Die Aktion Jugendschutz als bayernweite Fachinstitution im erzieherischen Kinder- und Jugendschutz unterstützt mit ihren Angeboten diese Ziele seit über 50 Jahren erfolgreich – sei es im Bereich der Medienpädagogik, der Sexualpädagogik/Prävention sexualisierter Gewalt oder der Gewalt- und Suchtprävention. Neben der Fachzeitschrift proJugend gibt sie zahlreiche Arbeitshilfen und Broschüren heraus, unterstützt Fachkräfte durch Fortbildungen und koordiniert landesweite Projekte wie ELTERN TALK.

Eine entsprechende Ausstattung mit Mitteln ist unerlässlich, um diese Angebote nachhaltig fortzuführen und bedarfsgerecht auszubauen. Bereits in den Jahren 2021 und 2022 verzeichnete die Aktion Jugendschutz eine faktische Nullrunde, die auch für 2023 geplanten Einsparungen gehen voll und ganz auf Kosten der Angebote und ihrer Qualität. Denn auch hier sind steigende Kosten für Publikationen und Fortbildungen, höhere Energiekosten, Tarifsteigerungen und steigende Nebenkosten zu berücksichtigen. Deshalb sind entsprechend mehr Gelder bereitzustellen, zumal Gefährdungen im Sinne des Jugendschutzes in den letzten Jahren eher größer als kleiner geworden sind. Besonders Familien sind vielseitig zusätzlich belastet, umso wichtiger sind Angebote wie ELTERN TALK oder Hilfe mein Kind pubertiert. Aber auch die Kinder und Jugendlichen haben einen immer größeren Unterstützungsbedarf. Gerade die vulnerablen Zielgruppen brauchen besondere Hilfen, dazu kommen neue Aufgaben in Zuge der Reform des Kinderjugendstärkungsgesetzes und der Sozialgesetzbuch(SGB)-VIII-Novelle.

Die institutionelle Förderung der Aktion Jugendschutz muss deshalb erhöht werden. Dies kommt vollumfänglich den Kindern und Jugendlichen zugute, die in ihren Rechten gestärkt und vor Gefahren geschützt werden.